



PRESSEMITTEILUNG:

NGOs veröffentlichen Berliner Erklärung:

EU muss Quecksilber in der Zahnmedizin bis 2022 verbieten

Berlin, Brüssel, München, Washington, 4 Dezember 2017. Im Rahmen der [Berliner Tagung zum Ende von Amalgam in Europa](#) am 21. und 22. November 2017 in Berlin haben sich mehrere NGOs aus dem Gesundheits- und Umweltbereich auf die „Berliner Erklärung“ verständigt. Darin fordern sie, dass sich die EU auf ein konkretes Ablaufdatum für die zahnmedizinische Nutzung von Quecksilber festlegt. Der Ausstieg muss spätestens im Jahr 2022 passieren.

Stefan Eck, deutscher Abgeordneter der Europäischen Linken(GUE/NGL), der die Verhandlungen über das Amalgamverbot für das Europäische Parlament leitete, lobte die Berliner Erklärung: „Es war mir wichtig, an diesem Treffen in Berlin teilzunehmen. Ich werde mein Bestes geben und mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten, um das Ziel einer amalgamfreien Zahnmedizin in Europa zu erreichen.“

2017 hat die EU ein Amalgamverbot für Kinder unter 15 Jahren sowie für schwangere und stillende Frauen ab Juli 2018 erlassen. Die neue Vorschrift schreibt vor, dass jeder Mitgliedstaat eine nationale Strategie entwickelt, wie die Verwendung von Amalgam schrittweise reduziert werden soll. Zudem soll die Europäische Kommission im Jahr 2020 einen Bericht dazu vorlegen, ob Amalgam vollständig ersetzt werden kann.

Florian Schulze, Geschäftsführer der IG Umwelt Zahn Medizin und Gastgeber des Gipfels, der die nationale Kampagne [Mund Auf Gegen Amalgam](#) startete, sagte: „Deutschland kann die Amalgamnutzung bereits 2019 beenden. Die Verwendung ist jetzt schon sehr niedrig und die Zahnärzte sind nicht mehr darauf angewiesen. Alles, was wir brauchen, ist eine faire Kostenerstattung für Krankenkassen, Zahnärzte und Verbraucher. “

Quecksilber wird immer noch in der Zahnmedizin verwendet, obwohl es leicht durch Alternativen ersetzt

werden kann. Es ist hochgiftig und schädlich für das Nerven-, Nieren- und Herz-Kreislauf-System. Amalgam besteht zu 50 Prozent aus Quecksilber. Das [Minamata-Übereinkommen](#), das jede an dem Übereinkommen teilnehmende Nation die Verwendung von Quecksilber reduziert.

Elena Lymberidi-Settimo, Project Manager der 'Zero Mercury Campaign' des European Environmental Bureau (EEB) und Gastgeberin der ersten europäischen Konferenz zum Ende von Amalgam (2007), sagte:
„Die Berliner Erklärung baut auf einer zehnjährigen Kampagne des EEB auf, quecksilberfreie Zahnmedizin in ganz Europa zu etablieren. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Mitgliedstaaten die Ärmel hochkrepeln und diesen Weg ebnen.“

An der zweitägigen Tagung nahmen SprecherInnen von zahnmedizinischen Gesellschaften, Hochschulen, nationalen, sowie europäischen und internationalen NGOs für Umwelt, Gesundheit und Frauenrechte sowie Interessengruppen und EntscheidungsträgerInnen aus der EU und Deutschland teil.

Charlie Brown, Präsident der World Alliance for Mercury-Free Dentistry, der den Gipfel organisierte, sagte:
„Die Berliner Erklärung entspricht den Forderungen von Bürgervertretungen in Afrika und Asien, der Abuja-Erklärung (2014) bzw. der Dhaka-Erklärung (2015).“

Philippe Vandendaele, Chemicals Policy Advisor von Health Care Without Harm-Europe, sagte: „Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, Medizinprodukte wie quecksilberhaltige Thermometer und Blutdruckmessgeräte vom Markt zu nehmen. Jetzt ist die Zeit gekommen, auch quecksilberhaltige Füllungen in Europa zu verbieten.“

Dr. Silvia Pleschka von Women Engage for a Common Future, sagte: „Der Schutz von Kindern, schwangeren und stillenden Frauen muss über die Grenzen der EU hinweg ausgedehnt werden.“

Über eine Berichterstattung zu dem Thema sind wir Ihnen dankbar. Bei Fragen, Interviewanfragen und für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zu Verfügung, bitte wenden Sie sich an:



Florian Schulze

Geschäftsführer

IG Umwelt Zahn Medizin

+49 1781812729 / +49 30 55232755

florian.schulze@ig-umwelt-zahnmedizin.de

Hinweise für Journalisten:

Berlin Declaration, <http://ig-umwelt-zahnmedizin.de/wp-content/uploads/Berlin-Declaration-to-End-Amalgam-Use-in-Europe-on-1-July-2022.pdf>

EU Mercury regulation 2017, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-4-2017-REV-1/en/pdf>

[EEB-WAMFD-Memo on Technical advantages of mercury free dentistry](#), May 2016

Abuja Declaration, <https://mercuryfreedentistry.files.wordpress.com/2015/04/abuja-declaration-for-mercury-free-dentistry-for-africa.pdf>

Dhaka Declaration, <http://cephed.org.np/pdf/31421052006.pdf>

Kampagne in Deutschland: Mund auf gegen Amalgam <http://ig-umwelt-zahnmedizin.de/mund-auf-gegen-amalgam/>

Weitere Kontakte:

Elena Lymberidi-Settimo

Project Manager 'Zero Mercury Campaign'

European Environmental Bureau

+32 2 289 1301

elena.lymberidi@eeb.org

Ian Carey

Communications Manager

European Environmental Bureau

+32 2 289 1309

ian.carey@eeb.org

Philippe Vandendaele

Chemicals Policy Advisor

Health Care Without Harm (HCWH) Europe

+32 2503 0481

philippe.vandendaele@hcwh.org

Aidan Long

Press & Communications Officer

HCWH Europe

+32 2503 0481 / +32 465 100 940

aidan.long@hcwh.org

Johanna Hausmann

Project Management Chemicals and Health

Women Engage for a Common Future

+49 173 8010040

Johanna.hausmann@wecf.org,

Charlie Brown

World Alliance for Mercury-Free Dentistry

Attorney and President

Washington, USA,

+1 202 544 6333

charlie@toxicateeth.org